



Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

08.08.18 - Pressemitteilung 2018-18:

Daniela Wagner MdB zu Besuch auf der BUND-Streuobstwiese in Hetschbach

Die Bundestagsabgeordnete Daniela Wagner (Bündnis90/Die Grünen) war während ihres Odenwaldbesuches auch beim Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND Odenwald) zu Gast. Sie interessierte sich für die aktuelle Situation dieses Bestandteils der heimatlichen Umwelt.

Von den vor 150 Jahren im Odenwaldkreis vorhandenen 400.000 Obstbäumen sind heute nur noch weniger als 50.000 vorhanden und auch die stehen unter erheblichem Druck durch Baugebietsausweisungen und Landwirtschaft. Umweltverbände und private Liebhaber sind die Einzigen, denen am Erhalt der Streuobstwiesen gelegen ist.

BUND-Sprecher Harald Hoppe stellte die zwei Optionen vor, das Ziel 'Streuobstwiesen erhalten' zu erreichen:

- A. Die Produkte der Streuobstwiesen müssen durch wirtschaftspolitische Steuerung so attraktiv gemacht werden, dass sich für die Eigentümer die Ernte, die Pflege und das Nachpflanzen neuer Bäume lohnt. Der Ankaufpreis für Äpfel durch Keltereien müsste danach von derzeit ca. 20ct pro kg auf 1,50€ pro kg steigen. Mit diesem Erlös lassen sich auskömmliche Stundensätze für die Produktion erzielen, die im Bereich der gesetzlichen Mindestlöhne liegen.
- B. Die Erhaltung der Naturvielfalt wird als eigenständiger Wert eingeführt und entsprechend vergütet. Da als Nutznießer nur die Allgemeinheit in Frage kommt, müsste eine entsprechende Strukturierung der Eigentumsverhältnisse bzw. der Auftragsvergabe geschaffen werden, die sich von den heutigen Verhältnissen stark abheben würde.

Hans Hofferberth gab für den BUND Ortsverband Höchst/Breuberg, der die Streuobstwiese betreut, Einblicke in die aktuelle Gefährdung der Obstbäume durch den zunehmenden Mistelbefall. Durch ausbleibende Pflege und durch wärmere Winter konnte sich diese Pflanze in den letzten 20 Jahren mancherorts explosionsartig ausbreiten. Hofferberth: "In manchen Kommunen ist der gesamte Obstbaumbestand befallen und droht, zu verschwinden. Es müssen dringend neue Wege beschritten werden, um die Bäume durch sachkundige Pflege zu retten."

Der BUND spricht sich für die Schaffung einer staatlichen Trägerschaft zum Erhalt der Streuobstwiesen aus. Sowohl die Flächen, als auch die Arbeit sollten als gemeinwohlbezogenes Gut verstanden und entsprechend finanziert werden.

Schritte in diese Richtung können sein:

1. Ausweitung des Schutzstatus der Streuobstwiesen: kein Baum darf mehr gerodet werden – für jeden absterbenden Baum **muss** ein neuer Baum nachgepflanzt werden.
2. Alle vorhandenen Flächen werden mit einem Vorkaufsrecht der Kommunen ausgestattet.
3. Schaffung einer Institution, die die Pflege der Flächen leistet.
4. Finanzierung durch Umlagen auf alle land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen (z.B. Anhebung der Grundsteuer A von 2€ auf 20€ pro ha).

Daniela Wagner zeigte sich von den Vorschlägen zur Rettung der Streuobstwiesen beeindruckt. In der Diskussion kam als einer der Gründe für die Beseitigung der Streuobstwiesen auch die im Jahr 2017 von der großen Koalition verordnete Änderung des Baugesetzbuches zur Sprache. Der neue §13b – laut Hoppe ‚die Urmutter der Naturzerstörung‘ - wird bekanntlich in Brombachtal zur



Einrichtung eines neuen Wohngebietes angewandt, ohne dass für die Naturvernichtung ein Ausgleich fällig würde. Daniela Wagner und der BUND sind sich einig in der Ablehnung dieser umweltfeindlichen Planungspraxis. Die bedrohten Streuobstwiesen der Region werden von diesem ‚Fortschritt‘ unter die Räder genommen.